

Gerhard Schüsselbauer, Gesamteuropäisches Studienwerk e.V., Vlotho



UNGARN (MAGYARORSZÁG)

Fläche	93 036 km² (größer als bspw. Bayern)
Einwohner	9,8 Mio. Einwohner (vgl. NRW – 17,9 Mio. EW)
Einwohner/km²	106 Einwohner / km²
Hauptstadt	Budapest (1,76 Mio. Einwohner, vgl. Hamburg oder Wien)
Staatsform	Parlamentarische Republik Ungarn verfügt über ein Einkammersystem mit einem Staatspräsidenten (János Áder, seit Mai 2012) als Staatsoberhaupt, der die Regierung ernennt und repräsentative Aufgaben wahrnimmt. Die Parlamentswahlen vom April 2018 hoben erneut den Ministerpräsidenten Viktor Orbán der national-konservativen Partei Fidesz mit einer deutlichen, verfassungsändernden Mehrheit ins Amt. Das Parlament wurde deutlich auf nunmehr 199 Sitze verkleinert und das Wahlrecht geändert.
Religion	6,6 Mio. Katholiken, 2 Mio. Calvinisten, 430.000 Lutheraner, ferner orthodoxe Christen, Juden und Muslime
BIP/Einwohner	22.900 € (nach Kaufkraftstandard, Anfang 2019) zum Vergleich: BIP/Kopf in Deutschland ca. 38.800 € Niveau des BIP/Kopf: 72 % des Durchschnitts der EU (27)
BIP-Wachstumsrate	4,9 % (2019), -6 bis -9 % (2020, Schätzung)
Inflationsrate	3,3 % (2019), 2,5 bis 3 % (2020, Schätzung)
Arbeitslosenquote	3,5 % (2019), 5 bis 6 % (2020, Schätzung)
davon Anteil der Beschäftigten in:	
Landwirtschaft: 4,0 %	Industrie: 29,6 %
	Dienstleistung + Staat: 66,4 %

Aus historischen und politischen Gründen („**Rückkehr nach Europa**“ nach Jahrzehnten der sowjetischen Zwangsherrschaft) genoss der am **1. Mai 2004** erfolgte **Beitritt** Ungarns zur **EU** einen sehr hohen Stellenwert in der ungarischen Außenpolitik. Ungarn versteht sich als europäisches Land mit einer über 1000-jährigen Geschichte, auch wenn die Ungarn/Magyaren ethnisch betrachtet ursprünglich aus dem Inneren Asiens stammen und so ihre finno-ugrische Sprache nach Europa brachten. Nach der Niederlage auf dem Lechfeld bei Augsburg im Jahr 955 gegen König Otto I, den späteren Kaiser des Heiligen Römischen Reiches HRR, hat Ungarn während seiner Geschichte immer wieder bewiesen, dass es als Modell zur Integration verschiedener Nationen und Kulturen dienen kann. Schon die Heirat des im Jahr 1000 gekrönten Heiligen Stephan I. mit Gisela, der Schwester des HRR Kaisers Heinrich II., trug zur

Einbindung Ungarns in die feudale Herrschaftsarchitektur in Europa bei, die insbesondere in die Hochphase, aber auch den Niedergang der Habsburger k.u.k. Donaumonarchie Anfang des 20. Jahrhunderts mündete.

Ungarn hat sehr viele Wissenschaftler (häufig jüdischer Herkunft), Nobelpreisträger und auch Olympiasieger hervorgebracht. Auch der Einfluss von ausgewanderten Menschen ungarischer Abstammung in Hollywood im 20. Jahrhundert ist bemerkenswert!

Da Ungarn bereits früher bi- oder trilaterale Verträge geschlossen hat bzw. in supranationale Organisationen eingebunden war, wird die **seit 2004 bestehende Mitgliedschaft in der EU** weniger als Souveränitätseinbuße verstanden, sondern als Möglichkeit bewertet, durch supranationale Gremien den Einfluss kleinerer Nationen zu stärken. Seit März 1999 ist Ungarn auch **Mitglied in der NATO**. Darüber hinaus legt Ungarn Wert auf ein gutes Verhältnis zu seinen Nachbarstaaten (Rumänien, Slowakische Republik, Ukraine, Serbien, Kroatien, Slowenien und Österreich) und die Unterstützung der dort lebenden, zahlenmäßig sehr bedeutsamen ungarischen Minderheiten. Allein in Rumänien leben ca. 1,3 Mio. Menschen ungarischer ethnischer Abstammung. In der Slowakei sind das ca. 460.000 und in Serbien ca. 260.000 Menschen. Insgesamt leben etwa 2,4 Mio. ethnische Ungarn außerhalb der Landesgrenzen.

Von der seit 2004 bestehenden EU-Vollmitgliedschaft erhoffte sich Ungarn

- die endgültige „**Rückkehr**“ in die westliche Welt und Bruch mit der kommunistischen Vergangenheit im kollektiven Zwangssystem
- **Stabilität** und **Sicherheit** für das Land, das an viele südosteuropäische Länder grenzt (Serbien, Kroatien, Rumänien)
- Aufbau möglichst **guter Beziehungen zu den Nachbarstaaten**
- Förderung der **regionalen Zusammenarbeit** sowie
- eine nachholende **Modernisierung der Volkswirtschaft**, den Anschluss an den dynamischen europäischen Binnenmarkt (europäischer Kernraum) sowie die **Stabilisierung der Demokratie** und des gesellschaftlich-ökonomischen Wandlungsprozesses. Zugleich ist den Ungarn bewusst, dass in der Europäischen Union das niedrige Pro-Kopf-Einkommen und soziale Diskrepanzen im Lande als problematisch bewertet werden. Zudem ist klar, dass es in den „alten“ EU-Ländern wenig engagierte Befürworter für eine Öffnung der lange Zeit bestehenden Beschränkung der Freizügigkeit für Arbeitnehmer gab. Vor allem Deutschland und Österreich haben ihre Arbeitsmärkte für ungarische und auch andere mittel- und osteuropäische Arbeitnehmer erst 2011 geöffnet. Mittlerweile gilt die Arbeitnehmerfreizügigkeit uneingeschränkt!
- vor allem eine zügige **Verbesserung des Lebensstandards**, wobei den EU-Sozialstandards große Bedeutung beigemessen wird.

Der Beitritt möglichst weiterer mittel- und südosteuropäischer Staaten zur EU lag immer im Interesse Ungarn. Auch die seit 2007 bestehende EU-Vollmitgliedschaft Rumäniens, gerade wegen der dort lebenden **ungarischen Minderheit**, sowie Bulgariens wurde stets gut geheißt und der Beitritt Kroatiens 2013 wurde ebenfalls nachhaltig unterstützt. Dadurch soll die Gefahr einer neuen Teilung Europas gebannt und die Spaltung in ein wohlhabendes, stabiles Westeuropa und ein instabiles Osteuropa vermieden werden. Grundsätzlich steht die offizielle ungarische Politik einem Beitritt der Türkei positiv gegenüber, wenn seitens der Türkei die Kopenhagener Kriterien zur Gänze erfüllt werden können. Momentan muss man diese Entwicklung wegen der enormen Spannungen und Konflikte innerhalb der Türkei jedoch mit großer Sorge betrachten. Historische Feindseligkeiten aufgrund der mehr als 150 Jahre dauernden türkischen Fremdherrschaft im 16. und 17. Jahrhundert spielen in dieser Frage offenbar keine tragende Rolle.

Das politische System seit 1989 im Rückblick

Ungarn löste sich schon in den 1970er und 1980er Jahren langsam und gradualistisch von dem autoritären sozialistischen System (Stichwort: „**Gulaschkommunismus**“). Seit Ende der 1980er Jahre entwickelte sich eine parlamentarische Demokratie. Ungarns Wende war nicht durch eine gesellschaftliche Revolution oder einen Umsturz geprägt, sondern maßgeblich durch Kräfte des Reformsozialismus innerhalb der ehemaligen kommunistischen Partei MSZMP bestimmt. Dies unterscheidet die Entwicklung in Ungarn deutlich von der Wende in der ehemaligen DDR oder dem Druck seitens der anti-kommunistischen Gewerkschaftsbewegung Solidarność in Polen. Gleichwohl bildete sich auch in Ungarn eine starke anti-kommunistische Protestbewegung heraus.

Ungarn gelang in den Jahren **1989/1990** der **friedliche Übergang vom sozialistischen Einparteiensystem hin zu einem pluralistischen Mehrparteiensystem**. Der friedliche Wechsel von Regierungen zeugt von der relativen Stabilität der ungarischen Demokratie. Auch wenn der politische Konsolidierungsprozess nicht als abgeschlossen betrachtet werden kann, verfügt Ungarn über eine relativ breite parlamentarische Parteienstruktur sowie momentan stabile Regierungs- und Koalitionsverhältnisse. Das Parteiensystem (sozialdemokratische/postsozialistische und linksliberale Richtung sowie bürgerlich-konservative Richtung) zeigte in der Vergangenheit die Polarisierung der politischen Landschaft. In Folge der Parlamentswahlen im Jahre 2002 wurde die Mitte-Rechts-Regierung von einer postsozialistisch-linksliberalen Koalition abgelöst. Der Beitritt zur EU 2004 war auch für die damalige Regierung das vorrangige Ziel. Insofern war auch hier Kontinuität zu beobachten.

Mittlerweile ist das **ungarische Verfassungsgericht** – es entspricht in etwa dem deutschen Bundesverfassungsgericht – zu einer populären staatlichen Institution geworden. Die Minderheiten in Ungarn haben das Recht, sich selbst zu verwalten und ihre Sprache und Kultur zu pflegen. Jedoch sind die individuellen und kollektiven Rechte der ethnischen Gruppe der Roma noch immer ungenügend. Ihr Ausbildungsstand und ihre Lebensbedingungen liegen deutlich unter denen der Mehrheit der ungarischen Bevölkerung. Die Kernfrage richtet sich hier nach den Möglichkeiten und dem Willen zur sozialen Inklusion der Roma-Minderheit.

Politik heute (2007 bis 2020)

Der Wahlkampf im Frühjahr 2018 geriet ganz im Gegensatz zur dramatischen Auseinandersetzung in den früheren Jahren, die von einer personalisierten Zuspitzung des Duells zwischen **Ferenc Gyurcsány**, dem bis 2006 amtierenden Ministerpräsidenten und dem damaligen Herausforderer **Viktor Orbán** (bereits Ministerpräsident von 1998 bis 2002), gekennzeichnet war, zu einer diesmal aufregenden Veranstaltung einer ganz anderen Art. Sehr klar waren die neuen Machtverhältnisse absehbar, die durch die Parlamentswahlen vom April 2018 wiederum eine Zweidrittel-Mehrheit für die bürgerlich-konservative Partei Fidesz hervorbrachten.

Die jüngsten Parlamentswahlen haben zwar keine Überraschung, aber für an demokratische und pluralistische Grundwerte Glaubende das schockierende Ergebnis gebracht, dass Ungarns ultrakonservative alte und neue Regierungspartei Fidesz und die rechtsradikale und offen antisemitische und europafeindliche Partei Jobbik die eindeutige Mehrheit in der „Landesversammlung“ (Országgyűlés) erobern konnten. Die Regierungspartei Fidesz war ursprünglich der Bund der jungen Demokraten, die einst liberal und antisozialistisch orientiert waren. Der Parteiname „Jobbik“ ist sogar mehrdeutig, da er im Ungarischen sowohl die „Rechteren“ als auch die „Besseren“ meint. Diese Entwicklung ist auf eine ganze Reihe von Gründen und Faktoren zurückzuführen, zu denen das asymmetrisch ausgelegte Wahlrecht, das die Regierungspartei Fidesz überproportional begünstigt, maßgeblich beiträgt. Die Kernfrage für die Zukunft des ostmitteleuropäischen Landes lautet hingegen: Befreien sich die

Andersdenkenden in Ungarn von der Umarmung bzw. Umklammerung ihres Ministerpräsidenten Viktor Orbán und seiner Regierungsmannschaft (mit Betonung auf „Mannschaft“)? Denn das Ziel der ungarischen Regierung unter Orbán ist die Etablierung und Verstärkung einer „**illiberalen**“ **Demokratie**, also einer „Demokratie“, die sich nach Meinung von Fidesz nicht von liberalen Kräften des Weltjudentums (George Soros) oder von Eurokraten aus Brüssel dominieren lässt und in der es eine autoritäre Führerschaft geben muss!

Auch die **Wahlen zum Europäischen Parlament vom Mai 2019** zeigten, dass Orbáns Regierung und die Partei Fidesz unumstößlich und fest im Sattel sitzen und eine breite Zustimmung in der Bevölkerung genießen. Immerhin 52 % der Wahlberechtigten stimmten für den kompromisslosen Kurs der nationalen Selbstbestimmung und der kategorischen Abgrenzung vom Brüsseler EU-Kurs.

Kurz gefasst: Die Mehrheit der Ungarn ist zwar aufgrund der geschichtlichen Erfahrungen vehement proeuropäisch, aber Anti-Brüssel eingestellt! Dies macht sich die ultrakonservative und populistische Regierung zunutze!

Nicht nur nach den letzten Parlamentswahlen wird klar, es müssen noch viel mehr (junge) Menschen in Ungarn mobilisiert werden, um den „Pulse of Europe“ sowie weitere zivilgesellschaftliche Aktionen auf den Plan zu rufen und massiv zu stärken. Die jüngsten Großdemonstrationen zeigen unmissverständlich, dass sich die Oppositionellen gar als „Mehrheit“ verstehen. Sie wollen nun die Schweigenden dazu ermuntern, die bislang unumstößlich im Sattel sitzende Regierung von Viktor Orbán herauszufordern. Und die Anschuldigungen sind sehr schwerwiegend gegen die Regierung, die sich selbst als „ultrakonservativ“ bezeichnet und ein Bollwerk gegen den Multikulturalismus und Liberalismus sowie libertäre und offene Lebensformen in Europa darstellen will. Es geht um nichts weniger als die systematische tektonische Verschiebung der republikanischen Prinzipien der strikten Gewaltenteilung zugunsten der Exekutive durch die Fidesz-Regierung. Einschränkungen der Unabhängigkeit der Justiz gehen einher mit Beschränkungen der Arbeitsweise und Finanzbasis von Nichtregierungsorganisationen. Faktisch soll zivilgesellschaftliches Engagement genauso unmöglich gemacht werden, wie die Anerkennung als Asylbewerber*in in Ungarn verunmöglicht wurde. Dieser verfassungsmäßige Grundsatz wurde bereits durch die Rechtspraxis und den Einfluss der Regierung auf das nicht mehr unabhängige Justizwesen ausgehöhlt.

Bislang konnte sich die Regierung von Viktor Orbán breiter Zustimmung in der Bevölkerung erfreuen. Dazu tragen auch die robuste wirtschaftliche Entwicklung mit soliden realen Wachstumsraten des BIP sowie die gesunkene Arbeitslosigkeit bis zum **Ausbruch der Covid-19-Pandemie** bei. Jedoch muss man den statistischen Effekt in der stark gesunkenen Arbeitslosenquote berücksichtigen, denn in den letzten Jahren haben mehr als eine halbe Million, zumeist junge und ausgezeichnet qualifizierte Fachkräfte aus wirtschaftlichen, aber auch politischen Gründen das Land verlassen. Viele junge Menschen wollen sich nicht weiter einschüchtern lassen, die sozialen Medien und Internetportale sind voll von Anregungen, wie man dem Land am besten den Rücken kehren kann. Sozioökonomisch ist die Entwicklung ausgesprochen besorgniserregend, denn uneingeschränkte Freiheitsrechte, individueller und sozialer Erfindungsreichtum sowie Innovationsgeist und Kreativität sind genau diejenigen Faktoren, die jedes Land zur Aufrechterhaltung des dynamischen ökonomischen Wandels und Wachstums sowie des sozialen und gesellschaftlichen Fortschritts benötigt.

Von Seiten des Europäischen Parlaments sowie der Venedig-Kommission des Europarates werden **schwere Vorwürfe gegen die rechtskonservative Regierung** laut, was Grundfreiheiten (Presse-, Medien- und Versammlungsfreiheit), Wahlprozeduren sowie die Aktivitäten des zivilgesellschaftlichen Sektors anbetrifft. Bedauerlich ist dabei, dass die Regierungspartei Fidesz, die erneut über eine verfassungsändernde Zweidrittelmehrheit im Parlament verfügt, obwohl die Partei lediglich 49,3 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen konnte, im Lager der größten Parteiengruppierung im Europäischen Parlament sitzt, nämlich (noch) in der Fraktion der Europäischen Volkspartei EVP. Gleichwohl ist die parteipolitische

Entwicklung in Ungarn auch maßgeblich auf die Schwäche linksliberaler oder sozialdemokratischer Parteien zurückzuführen. Deren Zerstrittenheit und mangelnde Profilschärfe sind ein klares Zeichen für die fehlende Konsolidierung der Parteienlandschaft und der Demokratie. Diese enormen Defizite müssen nun durch außerparlamentarische und zivilgesellschaftliche Strömungen wettgemacht werden, um den Druck auf die Regierung von Viktor Orbán zu erhöhen, denn er scheint den entscheidenden „Medianwähler“ auch in Zeiten der **Covid-19-Pandemie** fest im Griff zu haben.

Die größten Herausforderungen für die Regierung unter Ministerpräsident Viktor Orbán liegen in folgenden Punkten:

- Krisenmanagement aufgrund der massiven wirtschaftlichen Einbrüche und Einschränkungen durch die Covid-19-Pandemie
- Kampf gegen die tiefe Wirtschaftskrise 2020 und Stärkung des einheimischen KMU-Sektors (kleine und mittelständische Unternehmen)
- Reaktionen auf den Flüchtlingszustrom seit Frühjahr 2015 durch besonders drastische Maßnahmen der Abschottung und Abschreckung von Flüchtlingen (Grenzzaun) und faktische Abschaffung des Asyls.
- Radikaler Umbau des Gesundheits- und Sozialsystems
- Abbau der Bürokratie sowie Zurückdrängung der grassierenden Korruption und Günstlingswirtschaft
- Deutliche inhaltliche Abgrenzung von der rechtsextremen, anti-semitischen und roma-feindlichen Partei „Jobbik“

Dazu genießt Orbán sowohl weiterhin die „Super-Mehrheit“ im ungarischen Parlament als auch den Rückhalt einer breiten Bevölkerungsmehrheit. Allerdings erodierte die Zustimmung weiter Teile der Bevölkerung wegen der autoritären Amtsführung Orbáns sowie der enormen Schwierigkeiten mit der EU-Kommission, die immer wieder die gravierenden Defizite in der Rechtsstaatlichkeit anmahnt und daher Strukturfonds zwischenzeitlich sogar auf Eis legte.

Großes internationales Aufsehen und Besorgnis löste die im April 2011 verabschiedete neue Verfassung Ungarns aus. Übersteigerte nationalpatriotische Inhalte paaren sich mit einer Betonung des „homogenen“ Ungarntums, einem Abgesang an den republikanischen Geist mit Kernelementen der Gewaltenteilung und einer Beschneidung des Verfassungsgerichtes in Fragen des Staatshaushaltes. Mit der neuen Verfassung soll die exekutive Macht der nationalkonservativen Kräfte endgültig zementiert werden. Darüber hinaus gilt seit Ende 2010 ein neues Mediengesetz mit einem von der regierenden Partei Fidesz kontrollierten Medienkontrollorgan. Viele internationale und unabhängige Beobachter bezeichnen die Medienpolitik als Einführung einer staatlichen Zensur zugunsten der regierenden Partei. Sogar der US-amerikanische „Skandal-Rapper“ Ice-T bekam schon am 1. Januar 2011 die Wirkung dieses neuen Mediengesetzes zu spüren, als ein alternativer Radiosender (Tilos Rádió) den Rap-Song „Copkiller“ mit angeblich jugendgefährdendem Inhalt von ihm spielte und daraufhin staatlicherseits verklagt wurde.

Flüchtlingspolitik ab 2015

Die Flüchtlingspolitik der ultrakonservativen Regierung Viktor Orbáns erregte nicht nur EU-weit, sondern weltweit großes Aufsehen. Bekannt geworden sind vor allem Fernsehberichte und Fotos von schlechten humanitären Zuständen für Flüchtlinge in Ungarn und Budapest im Sommer 2015, von martialischen Soldaten und markigen Worten des Ministerpräsidenten, der die gesamte Flüchtlingsproblematik Deutschland zuschieben wollte (O-Ton Viktor Orbán: „This is not a European problem, this is a German problem!“). Fakt ist, dass Ungarn von allen EU-Ländern bis Oktober 2015 mit Abstand die meisten Asylbewerber pro Einwohner aufgenommen hat und damit weit vor Österreich, Schweden oder Deutschland lag. Die

drastischen und von weiten Teilen der Bevölkerung wohlwollend aufgenommenen Maßnahmen der ungarischen Regierung mit Errichtung von Grenzzäunen, die von bewaffneten Soldaten bewacht werden, legen die starke Vermutung nahe, dass es Orbán und seiner Regierung vor allem um Abschottung und Abschreckung geht. Politisches Asyl wird somit faktisch unmöglich in Ungarn. Der nationalstaatliche Reflex dominiert ganz eindeutig über dem europäischen Solidaritätsgedanken. Nur wenige oppositionelle Kreise oder NGOs von jungen, engagierten Bürger*innen oder Studierenden kritisieren dies als skandalöse Politik der Isolation und menschenfeindlichen Abschottung. Symbolisch hielt im Sommer 2015 eine Studentin ein Transparent hoch mit der Aufschrift „Dear Refugees! Welcome, but sorry about our Prime Minister!“ Im Juni 2017 initiierte die EU-Kommission ein Vertragsverletzungsverfahren gegen Ungarn wegen Weigerung der Aufnahme von Geflüchteten nach der Übereinkunft des Ministerrates der EU zur Verteilung nach festgelegten Kontingenten.

Die ultrakonservative Politik der Regierung Viktor Orbáns stellt nicht nur einen Abgesang an die europäische Wertetradition dar, sondern soll dazu dienen, eine pseudo-homogene ungarische Gesellschaft (eine homogene ungarische Gesellschaft gab es auch in der Vergangenheit nie!) durch massive Abschreckung zu bewahren. In Wirklichkeit ähnelt die geistige Einstellung Orbáns sehr derjenigen Wladimir Putins, der dem Westen immer wieder voraussagt, dass er an seinem multikulturellen, offenen und liberalen Gesellschaftsbild zugrunde gehen wird. Gemeinsam mit dem Parteivorsitzenden der nationalkonservativen polnischen Partei PiS („Recht und Gerechtigkeit“), Jarosław Kaczyński, fordert er eine „Gegenrevolution“ in Europa zur Rettung des christlichen Abendlandes, zur Stärkung der Nationalstaaten und zur Schwächung der gemeinschaftlichen EU-Kompromisse.

Abseits der Politik – das andere (junge) Gesicht Ungarns

Doch Ungarn bietet abseits der politischen Auseinandersetzungen innerhalb des Landes sowie mit der EU auch ein vielschichtiges Bild der (sub-)kulturellen Bewegungen. Die alternative Radiostation Tilos Rádío veranstaltet in jedem Sommer eine Reihe von höchst interessanten und abwechslungsreichen, nichtkommerziellen Programmen und künstlerischen Veranstaltungen. Das hingegen sehr kommerzielle mehrtägige Musikfestival „Sziget“ lockt seit nunmehr über 25 Jahren immer im August weit über 500.000 zumeist junge Musikbegeisterte auf eine Donauinsel in Budapest. Und im Juli findet jährlich die Budapester Pride statt, die viele Tausende von Menschen anzieht (LGBTQ - lesbian, gay, bisexual, transgender and queer). Gerade der Kampf für mehr Gleichberechtigung stellt ein zentrales Anliegen dieser Bewegung dar. Ungarn ist nicht nur Viktor Orbán, sondern auch eine bunte zivilgesellschaftliche Mischung, von feministischen Bewegungen bis hin zu Menschenrechts- und Umweltschutzorganisationen reichend. Budapest selbst hat sich zu einer pulsierenden europäischen Metropole entwickelt, die junge Menschen mit kreativen Ideen aus der ganzen Welt anzieht und die schon lange kein Geheimtipp mehr ist. Die Covid-19-Pandemie trifft natürlich vor allem die Tourismusbranche ausgesprochen hart, sodass die Einnahmen 2020 in einem bisher nicht gekannten Ausmaß einbrechen.

Sozialpolitik

Die Reform des immer noch maroden **Gesundheitswesens** zieht sich immer noch hin. Diese Reform stellt immer noch eines der Kernstücke der rechts-konservativen Regierung dar. Vor allem in diesem sozialpolitisch äußerst brisanten Punkt wird sich die Reformfähigkeit zeigen müssen. Die massiven Spannungen, hervorgerufen bspw. durch Skandale und Krankenhausschließungen und weitere Einschnitte im sozialen System stellen die Gesellschaft vor Zerreißproben. Eine weitere immense Herausforderung besteht darin, der wachsenden Minderheit der **Roma** einen fairen Zugang zu langfristigen Arbeitsplätzen außerhalb des

öffentlichen Dienstes und der Sozialverwaltung zu verschaffen sowie die bildungspolitische Integration dieser sozial diskriminierten Bevölkerungsgruppe voranzubringen.

Wirtschaftliche Entwicklung

Rückblick: Nach der Verabschiedung und Umsetzung eines umfassenden wirtschaftspolitischen Konsolidierungsprogramms Mitte der 1990er Jahre wies Ungarn mehr als zehn Jahre einen dauerhaften, sich selbst tragenden **Aufschwung** mit permanent hohen realen Wachstumsraten zwischen 4 und 6 Prozent **Wachstum des BIP** pro Jahr auf. Der Zustrom an ausländischen Direktinvestitionen war bis 2004 ungebrochen, auch wenn die lukrativsten Privatisierungsobjekte bereits von 1990 bis 2001 veräußert wurden. Wohl in keiner der mittel- und osteuropäischen Volkswirtschaften ist der Strukturwandel derart sichtbar wie in Ungarn. Shopping-Malls und mittlerweile, so wie in den USA oder Deutschland, schon wieder von der Schließung bedrohte Multiplexkinos prägen das Bild der Hauptstadt Budapest, während die östlichen Landesteile mit enormen strukturellen und regionalen Defiziten sowie einer **Arbeitslosenquote** über mancherorts weit über 15 Prozent kämpfen. Auch wenn die Ungarn auf den Erfolg der traditionellen ungarischen Erzeugnisse wie Pick-Salami und Tokajer Wein nach wie vor stolz sind, sind die Fahrzeugfertigung für Mercedes und Audi, Elektronik und Computerteile die typischen ungarischen Produkte von heute.

Ungarn ist wegen der hohen Lohnnebenkosten und deutlich gestiegenen Reallöhne längst **kein Billiglohnland** mehr, muss aber den Sprung zum technologie- und wissensbasierten Wirtschaftswachstum erst noch verstetigen. Zum wirtschaftlichen Aufschwung tragen auch die hohen Zuwächse bei den Deviseneinnahmen aus der Tourismusbranche bei. Ungarn mit seinen knapp 10 Mio. Einwohnern findet sich bei den weltweit beliebtesten Tourismuszielen immerhin unter den zwanzig bestplatzierten Ländern. Das an der Donau gelegene Budapest ist zu einer der attraktivsten Destinationen in Mitteleuropa geworden.

Doch abseits der weit fortgeschrittenen **institutionellen Konvergenz** und **realwirtschaftlichen Integration** in den europäischen Kernraum, die auch durch ein enorm gestiegenes Handelsvolumen erklärt werden kann, wies die ungarische Wirtschaftspolitik gravierende Mängel in der monetären und insbesondere fiskalischen Konvergenz auf. Keine Sorge bereitet nunmehr die früher deutlich höhere Inflationsrate. Heute erlebt Ungarn ähnlich wie im Euroraum gleichsam eine Nullinflation. Mit der Einhaltung eines strikten wirtschaftspolitischen Kurses in der Finanz- und Geldpolitik wollte Ungarn schon wenige Jahre nach dem erfolgten Beitritt zur EU dafür gesorgt haben, dass die strengen Maastricht-Kriterien zur **Übernahme des Euro** erfüllt werden können. Es wurden jedoch keinerlei Schritte unternommen, um das Zwillingsdefizit, bestehend aus einer übermäßigen Nettoneuverschuldung des Staates und einem daraus resultierenden Anstieg der Gesamtverschuldung (mittlerweile ca. 73 Prozent des BIP) sowie einer jetzigen Verschlechterung der Leistungsbilanzposition in den Griff zu bekommen. Von der Einführung des Euro ist Ungarn nach Aussagen des Ministerpräsidenten Viktor Orbán noch „Lichtjahre“ entfernt. Überhaupt muss der Regierung der Wille abgesprochen werden, an der langfristigen Einführung des Euro festzuhalten.

Die **Arbeitslosenquote**, die 2019 bei einem hervorragenden Wert von unter vier Prozent lag, steigt nun bis Ende 2020 wieder deutlich an. Die Auswirkungen der **Covid-19-Pandemie** durch Entlassungswellen sind dramatisch und zeigen die massiven realwirtschaftlichen Konjunktüreintritte. Die Gefahr einer gestiegenen konjunkturellen und strukturellen Arbeitslosigkeit, die auch bei positiven Wachstumsraten nicht abgebaut werden kann, ist durchaus gegeben. Wirtschaftspolitisch steht Ungarn aber immer noch an einem Scheideweg zwischen Ankurlung des Wirtschaftswachstums oder dauerhafter Rezession und Abwanderungsdruck! Zwischen 2010 und 2019 sind weit mehr als eine halbe Million Ungarn

dauerhaft aus Ungarn ausgewandert. Neben den reicheren EU-Ländern gelten auch Nordamerika sowie Australien als Zielregionen.

Das Land konnte trotz erheblicher Kürzungen bei den öffentlichen Ausgaben einige bedeutende **Verbesserungen der Infrastruktur** (Autobahnnetz und Bahnverkehr) erzielen. Ungarn nimmt neben Tschechien die führende Stellung in Mittel- und Osteuropa bei der Verbreitung von Mobiltelefonen ein. Von 100 Ungarn/Ungarinnen besitzen 95 ein Handy/Smartphone bzw. 38 einen eigenen PKW. Bei der Angleichung an EU-Normen (Gesetze, Richtlinien und Verordnungen) wurden zwar große Fortschritte erzielt. Auch die Ratifizierung des EU-Vertrags von Lissabon brachte Ungarn als erstes der damals 28 EU-Länder auf den Weg. In der konkreten Umsetzung des **Acquis Communautaire (Rechtsbesitzstand der EU)** bestehen allerdings noch große Probleme, besonders im Bereich des Umweltschutzes (Filteranlagen, Kläranlagen etc.) und des Ausbaus einer effizient arbeitenden staatlichen Administration.

Ungarn in Politik und Wirtschaft – kurz gefasst

- Massive negative realwirtschaftliche Effekte durch die Covid-19-Pandemie (vor allem im Tourismussektor), starker Konjunkturereinbruch 2020!
- Weiterhin Dominanz der nationalkonservativen Partei Fidesz mit verfassungsändernder Zweidrittel-Mehrheit für die neue, alte Regierung unter Minister-präsident Viktor Orbán; Gewinne der rechtsextremen Partei Jobbik bei den Parlamentswahlen im April 2018
- Enormer Flüchtlingszustrom 2015; höchste Anzahl an Asylbewerbern EU-weit pro Kopf der Bevölkerung; Asyl- und Flüchtlingspolitik seit Frühjahr 2015 dominiert durch besonders drastische Maßnahmen der Abschottung und Abschreckung von Geflüchteten
- Vertragsverletzungsverfahren (Sommer 2017) der EU-Kommission gegen Ungarn wegen Weigerung der Aufnahme von Geflüchteten und Umbau des Rechtssystems
- Anstieg der Arbeitslosigkeit bis Ende 2020, Abwanderung verbunden mit Auswanderungswellen von Fachkräften in andere EU-Länder (Problem „Braindrain“)
- Langfristig → Umfassende Reform des Gesundheitswesens gefordert
- Langfristig → Überwindung der stark ausgeprägten regionalen Disparitäten „West-/ Ostungarn“ sowie des Abwanderungsdrucks

Wirtschaftsgeographie Ungarns

- **Regionen A:** Boomregion Großraum Budapest, Westungarn (Győr, Sopron) – sehr niedrige Arbeitslosenquote, hohe Arbeitsproduktivität, hoher Zustrom an ausländischen Direktinvestitionen und Fachkräftemangel, entwickelter Immobilienmarkt
- **Regionen B:** Balaton/Plattensee, Südwestungarn, Debrecen (Ostungarn) – Entwicklung durch Tourismus und neue Industrieansiedlungen, allerdings ausgeprägte saisonale Schwankungen, bereits signifikante Arbeitslosigkeit (insbesondere im Winter)
- **Regionen C:** Südostungarn – höhere Arbeitslosenquote als im Landesdurchschnitt, strukturelle Probleme sichtbar, ländliche Entwicklung durch EU-Transfers angestrebt
- **Regionen D:** Nordostungarn – enorme Defizite in ländlichen Strukturen, notleidende Industrien, erzwungene Abwanderung/Binnenmigration, unzureichendes Unternehmertum.

Stand: Oktober 2020